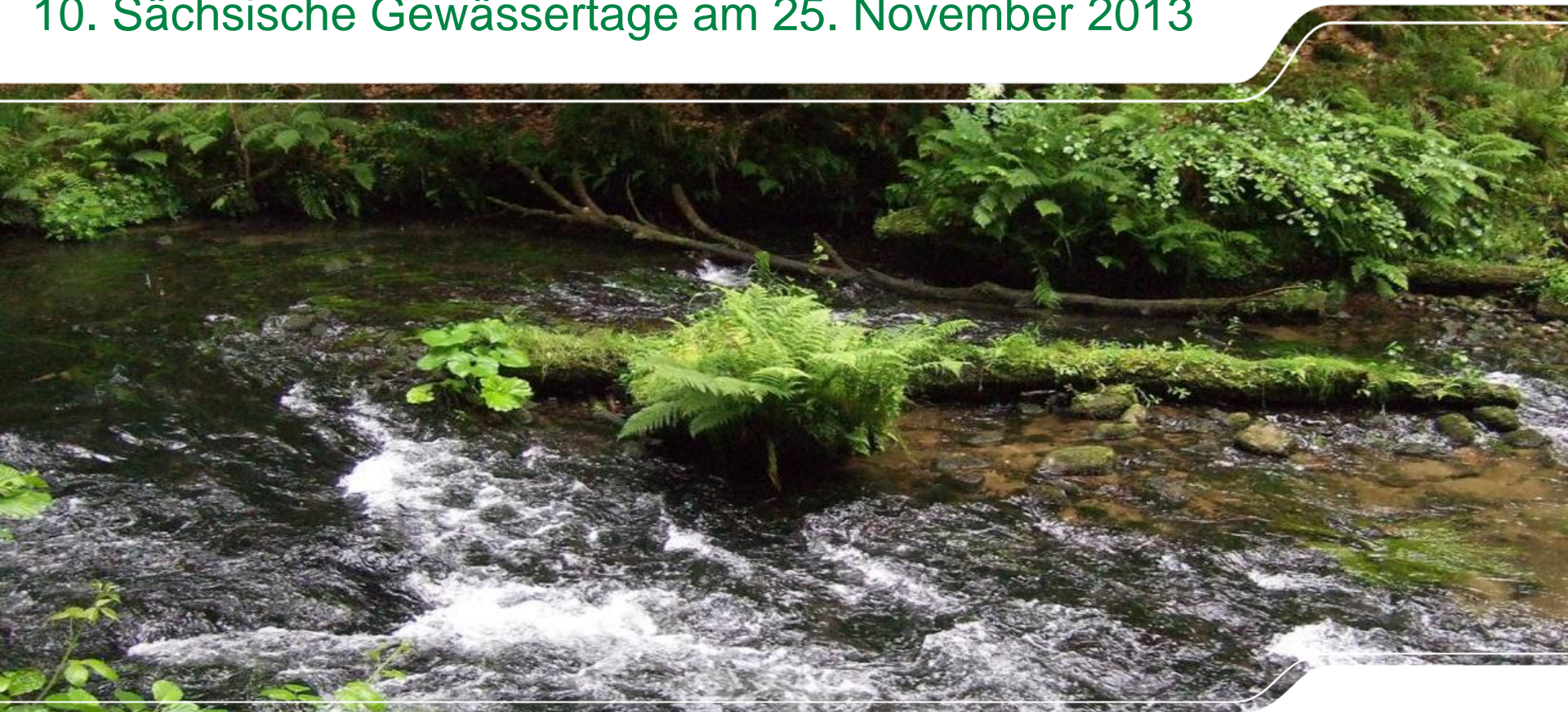


Das neue Sächsische Wassergesetz 2013

Teil: Abwasserbeseitigung

10. Sächsische Gewässertage am 25. November 2013



Übersicht

1. Wesentliche Änderungen im Bereich Abwasserbeseitigung
 - Wesentliche Änderungen durch das neue WHG (§ § 54 bis 61) und Zusammenspiel mit dem SächsWG, insbesondere
 - § 7 SächsWG (Anpassungspflichten)
 - § 50 SächsWG (Pflicht zur Abwasserbeseitigung)
 - § 51 SächsWG (ABK)
 - § 52 SächsWG (KKA)

2. § 10 SächsWG (Erlöschen der Erlaubnis) und Ermessensleitende Hinweise (Entwurf)

Wesentliche Änderungen durch das neue WHG und Zusammenspiel mit dem SächsWG
WHG – Kapitel 3: Besondere wasserwirtschaftliche Bestimmungen

Abwasserbeseitigung (§ § 54 bis 61 WHG)

⇒ Allgemeines:

- Ablösung und Erweiterung von § § 7a,18a und b WHG a. F.
- bisheriges Rahmenrecht zu Vollregelungen erweitert
- grds. abweichungsfest (stoff- und anlagenbezogen)

⇒ Grundsatz:

keine grundsätzlichen Änderungen, aber Ergänzungen/Konkretisierungen



§ § 48 – 55 SächsWG
(bisher: § § 62 ff. a. F.)

§ 54 WHG: Begriffsbestimmungen für Abwasser

- ⇒ Definition zentraler Begriffe „Abwasser“ (Abs. 1) und „Abwasserbeseitigung“ (Abs. 2)
- ⇒ Abs. 3 bis 6: Begriffe aus EU-Richtlinie 2010/75/EU (RL Industrieemissionen – IED)

„Abwasser“ (§ 54 Abs. 1 WHG):

- ↪ bisher nicht im WHG definiert
- ↪ Übernahme der Definition nach § 2 Abs. 1 Satz 1 AbwAG und der Landeswassergesetze



landesrechtliche Def. „Abwasser“ (bisher: § 62 Abs. 1 a. F.) gestrichen

„Abwasserbeseitigung“ (§ 54 Abs. 2 WHG):

↳ Übernahme des § 18a Abs. 1 Satz 3 WHG a. F.



§ 48 SächsWG: Ergänzung/Konkretisierung

↳ § 54 Abs. 2 WHG schließt ergänzende Konkretisierung durch Landesrecht nicht aus

↳ **§ 48 SächsWG:** Klarstellung, dass Stabilisieren von Klärschlamm sowie Entleeren und Transport des Inhalts abflussloser Gruben sowie Überwachung der Eigenkontrolle (= Selbstüberwachung) und der Wartung der KKA zur Abwasserbeseitigung zählt

↳ keine Änderung Rechtslage, sondern Festschreibung status quo

§ 55 WHG: Grundsätze der Abwasserbeseitigung



§ 49 SächsWG als ergänzendes Landesrecht (Abs. 2 = § 9 a. F.)

neu: Grundsatz der „ortsnahen Versickerung von Niederschlagswasser“
(§ 55 Abs. 2 WHG – Soll-Vorschrift)



§ 50 Abs. 3 Nr. 1 und 2 SächsWG (§ 63 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 und 2 a. F.)
§ 50 Abs. 4 SächsWG (§ 63 Abs. 6 Satz 2 Nr. 1 a. F.) als ergänzendes
Landesrecht

Beseitigung flüssiger Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG)



§ 49 Abs. 1 SächsWG (§ 62 Abs. 2 a. F.) als ergänzendes Landesrecht

§ 56 WHG: Pflicht zur Abwasserbeseitigung

- **Satz 1: Juristische Person des öffentlichen Rechts** → Länder bestimmen, welche
- **Satz 2: Länderöffnungsklausel** → Länder können andere Beseitigungspflichtige bestimmen
- **Satz 3: Erfüllungsgehilfe** (bisher: § 63 Abs. 3 Satz 1 SächsWG a. F.)
- § 18a Abs. 2a WHG a. F. (Ermächtigung für landesrechtliche Privatisierungsregelung) weggefallen



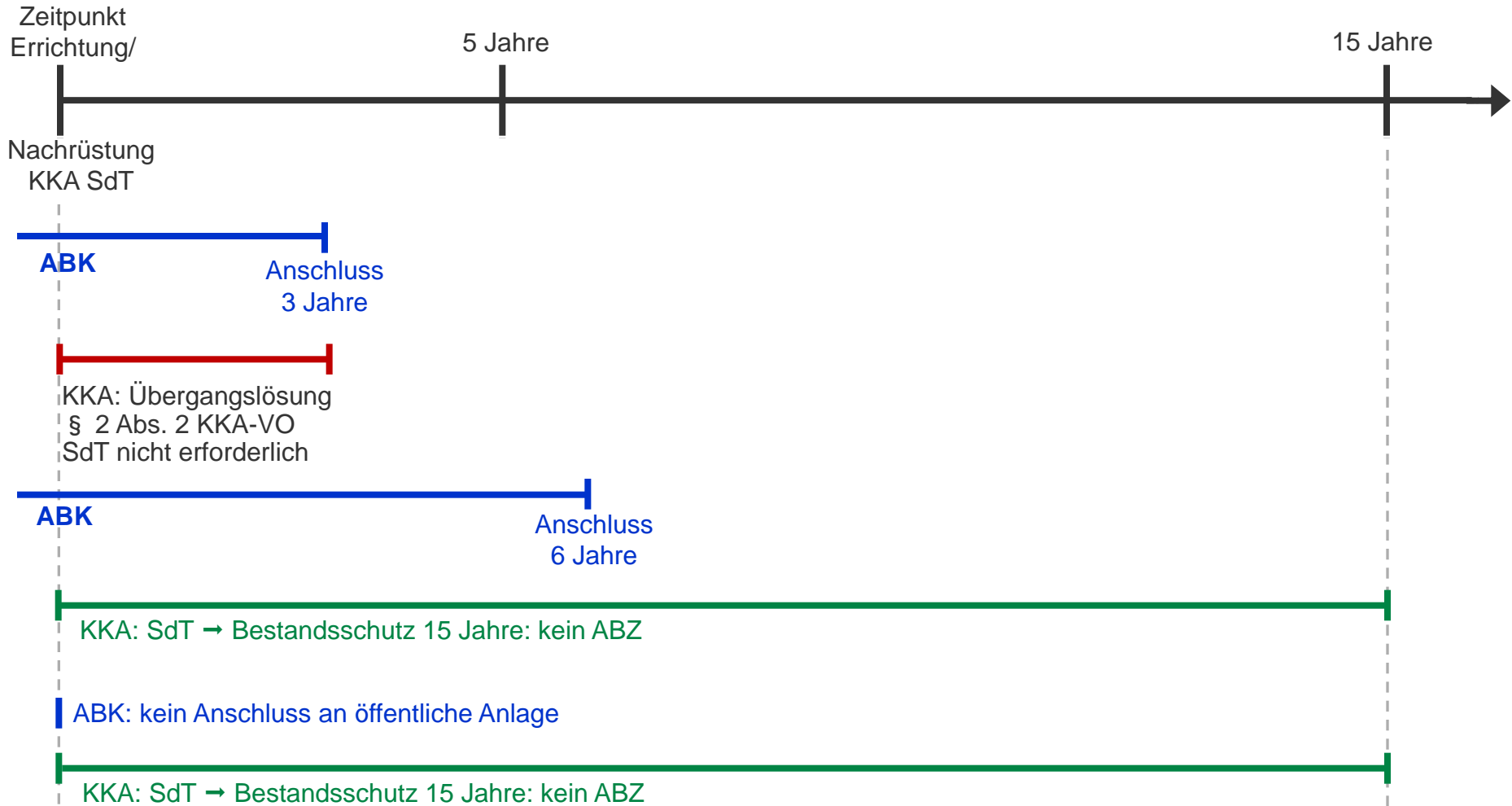
§ 50 SächsWG konkretisiert Abwasserbeseitigungspflichtigen

§ 51 SächsWG konkretisiert/ergänzt Abwasserbeseitigungspflicht

§ 50 SächsWG: Pflicht zur Abwasserbeseitigung

- **Absatz 1:** zuständige juristische Person des öffentlichen Rechts: **Gemeinden oder Zweckverbände**
- **Absatz 2: Überlassungspflicht, Duldungspflicht** (bisher: § 63 Abs. 5 a. F.)
- **Absätze 3 bis 5: anderweitige Abwasserbeseitigungspflicht → Abwassererzeuger** (bisher: § 63 Abs. 6 a. F.)
 - Abs. 3: kraft Gesetzes (bisher: § 63 Abs. 6 Satz 1 a. F.)
 - Abs. 4: auf Antrag, Soll-Vorschrift (bisher: § 63 Abs. 6 Satz 2 Nr. 1 a. F.)
 - Abs. 5: auf Antrag, Kann-Vorschrift (bisher: § 63 Abs. 6 Satz 3 Nr. 2 und 3 a. F.)
- § 63 Abs. 4 a. F.: Verordnungsermächtigung für PflichtenübertragungsVO gestrichen
- § 63 Abs. 6 Satz 3 Halbsatz 2 a. F. („... anderweitige Regelungen in gemeindlichen Satzungen bleiben unberührt.“) – Kollision mit ABZ - gestrichen

§ 50 Abs. 7 SächsWG (§ 63 Abs. 6 Satz 5 a. F.)



Pflicht zur Abwasserbeseitigung - § 50 SächsWG

- ↪ neu: Klarstellung als Reaktion auf die „Sinkkästenentscheidung“ des BVerwG vom 21. Juni 2011 (Az.: 9 B 99/10)

- ➔ § 50 Abs. 3 Nr. 1 und Abs. 6 Satz 3 SächsWG

- = Eindeutige Regelung zur Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Abwasserbeseitigungspflichtigen und Straßenbaulastträger getroffen

- ↪ Beseitigung Niederschlagswasser von öffentlichen Verkehrsflächen = Aufgabe Straßenbaulastträger

Abwasserbeseitigungskonzept - § 51 SächsWG

(Ergänzung des bisherigen § 63 Abs. 2 Satz 2 bis 8)

- Berücksichtigung
 - der demografischen Entwicklung
 - der „Begrenzung der Kosten für die Abwassererzeuger insgesamt“ (Solidargemeinschaft)
- Inhalt: neue Nr. 7:
Frist zur Anpassung von nicht-öffentlichen Anlagen an die Anforderungen nach § 57 und § 60 WHG
- Beanstandungspflicht der unteren Wasserbehörden:
 - wenn ABK den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht
 - innerhalb 4 Monate
 - Pflicht zur Überarbeitung und Vorlagepflicht spät. innerhalb 6 Monate
- **Bei Erlaubnis / Befreiung von Abwasserüberlassungspflicht (Abs. 3):**
 - Befristung entsprechend ABK
 - kein Widerspruch zum ABK, außer bei Befreiung vom ABZ

§ 57 WHG: Einleiten von Abwasser in Gewässer

- Übernahme und Erweiterung von § 7a WHG a. F.
- Legaldefinition „Direkteinleitung“ (Abs. 1) und Ergänzung der Anforderungen an die Zulässigkeit von Abwassereinleitungen
- Einführung zusätzliche Anforderungen (Abs. 1 Nr. 2 und 3)
- Verordnungsermächtigung (Abs. 2) → AbwV
- Umsetzung IED: Anpassung an BVT-Schlussfolgerungen (Abs. 3 und 4)
- Sicherstellungsauftrag an Länder nach § 7a Abs. 3 WHG a. F.
hinsichtlich Anpassung vorhandener Einleitungen wurde zu unmittelbar geltender Verpflichtung des Direkteinleiters (Abs. 5)



§ 7 SächsWG konkretisiert Anpassungspflichten des § 57 Abs. 5 WHG (bisher § 138 Abs. 1 SächsWG a. F.) als ergänzendes Landesrecht

§ 7 SächsWG (bisher § 138) Anpassungspflichten

(zu § 34 Abs. 2, § 35 Abs. 2, § 57 Abs. 3, § 58 Abs. 3 und § 60 Abs. 2 WHG)

Vorhandene Gewässerbenutzungen und Anlagen, die den Anforderungen dieses Gesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes oder aufgrund dieser Gesetze erlassener Verordnungen nicht entsprechen, sind durch den Gewässerbenutzer oder Eigentümer der Anlage innerhalb von **sechs Jahren** anzupassen oder außer Betrieb zu nehmen, wenn das Wasserhaushaltsgesetz, dieses Gesetz oder aufgrund dieser Gesetze erlassene Verordnungen konkrete Anforderungen enthält, und im Übrigen innerhalb angemessener Fristen, soweit nicht durch Rechtsvorschrift oder Verwaltungsakt etwas anderes bestimmt ist. **Die zuständige Wasserbehörde kann** entsprechende Anordnungen treffen und **Fristen bestimmen**. Die **oberste Wasserbehörde kann durch Rechtsverordnung** Fristen bestimmen, innerhalb derer die Anpassungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Mindestanforderungen nach § 57 Abs. 1 WHG und § 61 Abs. 1 abgeschlossen sein müssen.

Anpassungspflichten - § 7 SächsWG

- ➔ Konkretisierung der bisher unbestimmten – „angemessenen“ – Frist durch Sechs-Jahres-Frist

- ➔ **Anpassungsfrist** für vorhandene Gewässerbenutzungen und Anlagen, die nicht den Anforderungen des WHG oder SächsWG entsprechen, **gilt** nunmehr **unmittelbar für Jedermann**. Nicht die Behörde muss mit Anordnungen dem Gewässerbenutzer „hinterherlaufen“, sondern dieser muss sich aktiv kümmern und auf Behörde zugehen.
 - ↳ **Ziel: 1. Entbürokratisierung**
 - 2. Entlastung der Vollzugsbehörden
 - 3. Stärkung der Eigenverantwortung
 - = eigenverantwortliche Sanierung in einem verhältnismäßigen, konkret bestimmten Zeitrahmen (entspricht dem Sechs-Jahres-Rhythmus der Bewirtschaftungspläne nach WRRL)

Kleinkläranlagen (KKA) - § 52 SächsWG

➔ Für Kleineinleitungen aus KKA ist unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr der Erlass einer wasserrechtlichen Erlaubnis notwendig, sondern diese wird für die Dauer von 15 Jahren fingiert.

↪ **Entbürokratisierung**

- Entlastung Bürger und Verwaltung gleichermaßen durch den Wegfall des sonst üblichen Verwaltungsverfahrens

↪ **Umweltpolitisch verantwortbar**

- an der Fiktion nehmen nur Anlagen teil, die aufgrund erteilter allgem. bauaufsichtlicher Zulassung Gewähr für Einhaltung SdT bieten
- wasserrechtliche Erlaubnis: nur beschränkte Bestandskraft (im Gegensatz z. B. zu Baugenehmigung), da jederzeit widerruflich und abänderbar



Kleinkläranlagen (KKA) - § 52 SächsWG

Erlaubnisfiktion (15 Jahre) für KKA → Entbürokratisierung

Voraussetzungen:

- Stand der Technik und Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung
- Einleitung in oberirdisches Gewässer
- Vollständiger Antrag bei UWB:
 - Nachweis der Allgem. bauaufsichtlichen Zulassung
 - Wartungsvertrag
 - amtlicher Lageplan mit Einzeichnung KKA und Einleitstelle
 - Erklärung Gemeinde/AZV zur Übereinstimmung mit ABK
- Nach Fertigstellung (innerh. 6 Mon.): Vorlage Bauabnahme
- Keine Ablehnung der UWB innerhalb von drei Monaten (z. B. Forderung zusätzlicher Reinigungsstufe)

§ 58 WHG: Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen

- ↳ Ablösung des § 7a Abs. 4 WHG a. F. durch **Vollregelung zur Indirekteinleitung**
- ↳ Legaldefinition „Indirekteinleitung“ (Abs. 1) + Regelung ihrer Genehmigungsbedürftigkeit in Anlehnung an bestehende Länderregelungen
- ↳ Genehmigungsvoraussetzung: Einhaltung Anforderungen AbwV (allgemeine Anforderungen, d.h. nicht nur Anforderungen für Ort des Anfalls und vor Vermischung)
- ↳ Anpassungspflicht für vorhandene Einleitungen (Abs. 3)
- ↳ Regelungen zu Widerruf und Nebenbestimmungen etc. (Abs. 4)



§ 53 SächsWG (Genehmigungsfiktion) – bisher: § 64 Abs. 3 SächsWG a. F. –
als ergänzendes Landesrecht

§ 60 WHG: Abwasseranlagen

- ↪ Übernahme und Erweiterung von § 18b und § 18c WHG a. F.
- ↪ SdT für Anlagen nach § 60 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 (IED: eigenständig betriebene industrielle ABA)
- ↪ Sicherstellungsauftrag an Länder nach § 18b Abs. 2 WHG a. F. hinsichtlich Anpassung vorhandener Einleitungen wurde zu unmittelbar geltender Verpflichtung des Direkteinleiters (Abs. 2)
- ↪ eigenständig betriebene industrielle ABA (Abs. 3 bis 6)
- ↪ Länderregelung zur Anzeige- bzw. Genehmigungsbedürftigkeit von Abwasseranlagen (Abs. 7)



§ 55 (bisher: § 66, 67 SächsWG a. F.) als ergänzendes Landesrecht

§ 61 WHG: Selbstüberwachung bei Abwassereinleitungen und Abwasseranlagen

- ↳ Einführung bundesgesetzlicher Grundsatzregelung zur Selbstüberwachung des Abwassers (Abs. 1) bzw. der Anlage (Abs. 2)
- ↳ künftig: Regelungen durch Bundesverordnung



EigenkontrollVO und KleinkläranlagenVO gelten bis zum Erlass BundesVO als ergänzendes Landesrecht fort (danach Prüfung bzgl. einzelner Regelung).

§ 54 SächsWG (§ 64 Abs. 5 und 6 SächsWG a. F.) bis zum Erlass BundesVO als ergänzendes Landesrecht

2. § 10 SächsWG und Ermessensleitende Hinweise

Erlöschen der wasserrechtlichen Erlaubnis für Einleitungen aus KKA

§ 10 SächsWG

- ➔ Wasserrechtliche Erlaubnisse für KKA, die nicht an Stand der Technik angepasst worden sind, erlöschen zum 31. Dezember 2015.
- Konsequenz aus der Verpflichtung, KKA bis 31. Dezember 2015 an Stand der Technik anzupassen
 - 🏠 **Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung**

**Achtung = Gegenstück zu § 52 Abs. 2 SächsWG
(Fiktion wasserrechtliche Erlaubnis)
und Förderung für KKA**

§ 10

Erlöschen der wasserrechtlichen Erlaubnis für Einleitungen aus Kleinkläranlagen (zu § 57 WHG)

Eine wasserrechtliche Erlaubnis für Einleitungen aus einer Kleinkläranlage im Sinne des § 52 Abs. 1, die **nicht den Anforderungen nach Anhang 1 Teil C Absatz 1** der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108), die zuletzt durch Artikel 5 Abs. 8 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212, 249) geändert worden ist, entspricht, **erlischt mit Ablauf des 31. Dezember 2015. Befristete Erlaubnisse nach § 2 Abs. 2** der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Anforderungen an Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, über deren Eigenkontrolle und Wartung sowie deren Überwachung (Kleinkläranlagenverordnung) vom 19. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 281), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503, 554) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, **bleiben unberührt.**

⇒ **Satz 2: Klarstellung des Gewollten: Im Zeitpunkt des Inkrafttretens als Übergangsregelung erteilte Erlaubnisse (Anschluss an öffentliche Abwasseranlage innerhalb von fünf Jahren) werden nicht von der allgemeinen Erlöschensregelung erfasst.**

Wer ist von der Frist 31.12.2015 betroffen, wer ist von der Regelung § 10 (Erlöschen der Erlaubnis) betroffen?

I. Von Einhaltung der Frist 2015 betroffen sind:

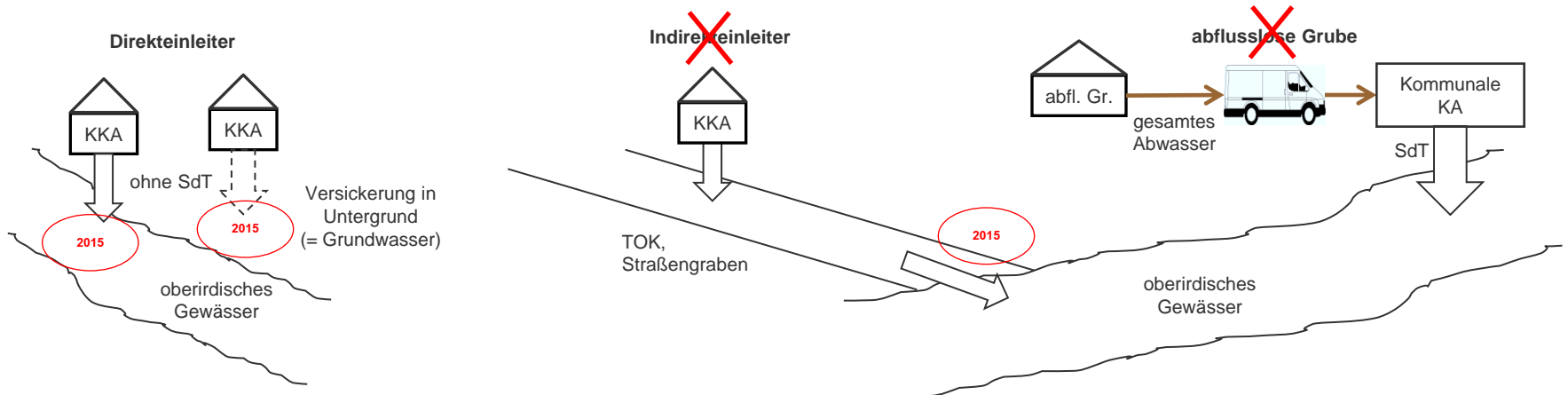
- I **KKA, die Direkteinleiter sind, außer Übergangslösungen nach § 2 Abs. 2 KleinkläranlagenVO,**
- I **Abflusslose Gruben** (→ dicht, Sammlung des gesamten Abwassers),
- I **Einleitung aus TOK oder Straßentwässerungsgraben (= Kanal)** nach § 3 Satz 2 KleinkläranlagenVO,
- I Indirekteinleiter erst, wenn Betreiber des Kanals ihn zur Nachrüstung mit Fristsetzung verpflichtet nach § 3 Satz 1 KleinkläranlagenVO.

II. Von Regelung § 10 betroffen sind:

- I **KKA, die Direkteinleiter sind,**
- I noch nicht dem Stand der Technik entsprechen und
- I Keine Übergangslösungen nach § 2 Abs. 2 KleinkläranlagenVO sind.

Nicht betroffen:

- I **KKA, die Indirekteinleiter sind,**
- I **KKA (Direkteinleiter), die Übergangslösungen** nach § 2 Abs. 2 KleinkläranlagenVO sind,
- I **Abflusslose Gruben,**
- I **die Einleitung aus einer TOK oder Straßentwässerungsgraben.**



Ausgangssituation

Anpassungspflicht

Frist
spätestens 31.12.2015

Anpassungspflicht für bestehende Einleitungen

WHG gilt seit 1. Juli 1990



§ 138 Abs. 1 SächsWG seit 1993



Erlass des SMUL vom 15. Juni 2001
(Az.: 43-8950.00/8)

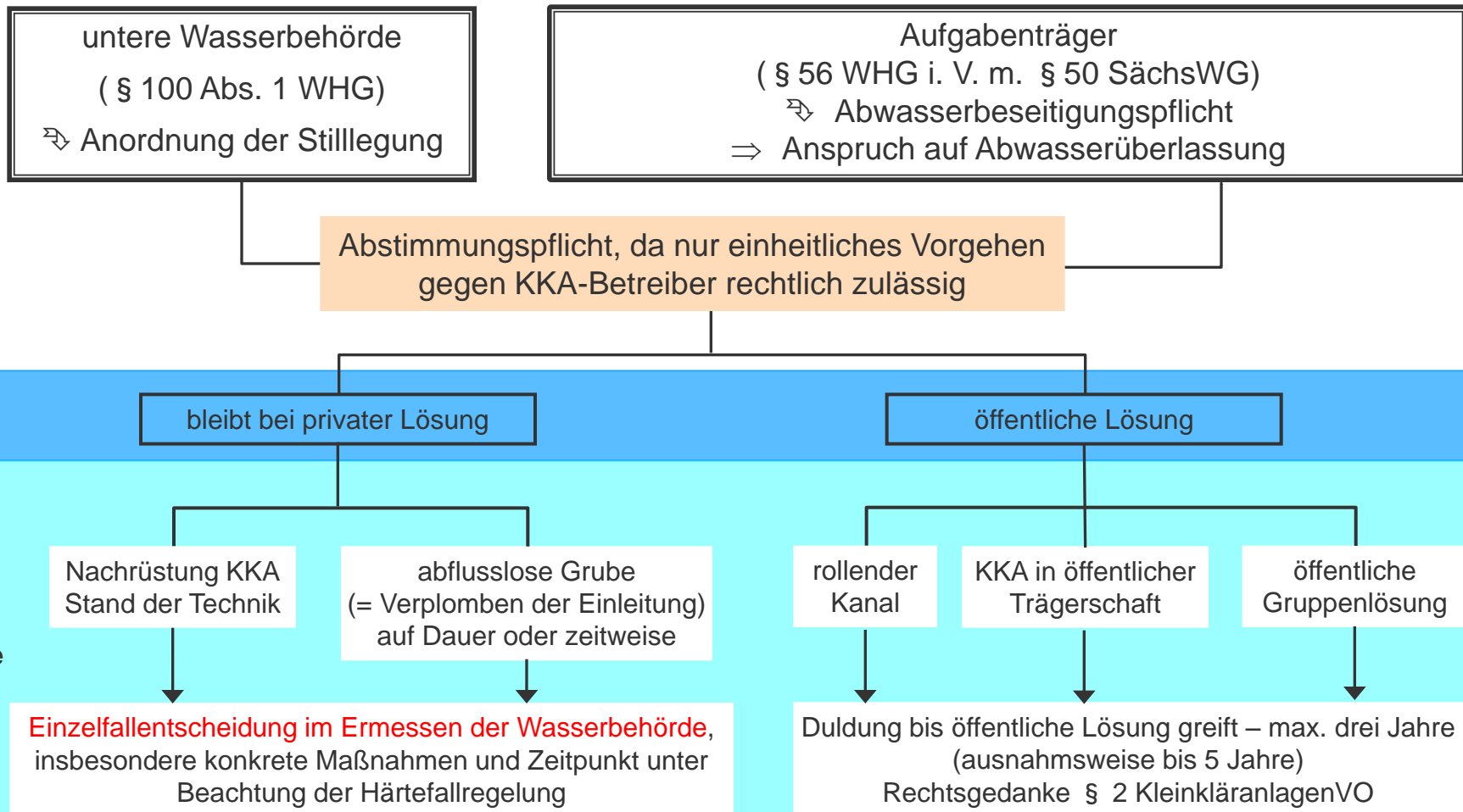


§ 2 Abs. 1 Kleinkläranlagenverordnung vom
19. Juni 2007
(SächsGVBl. S. 281)

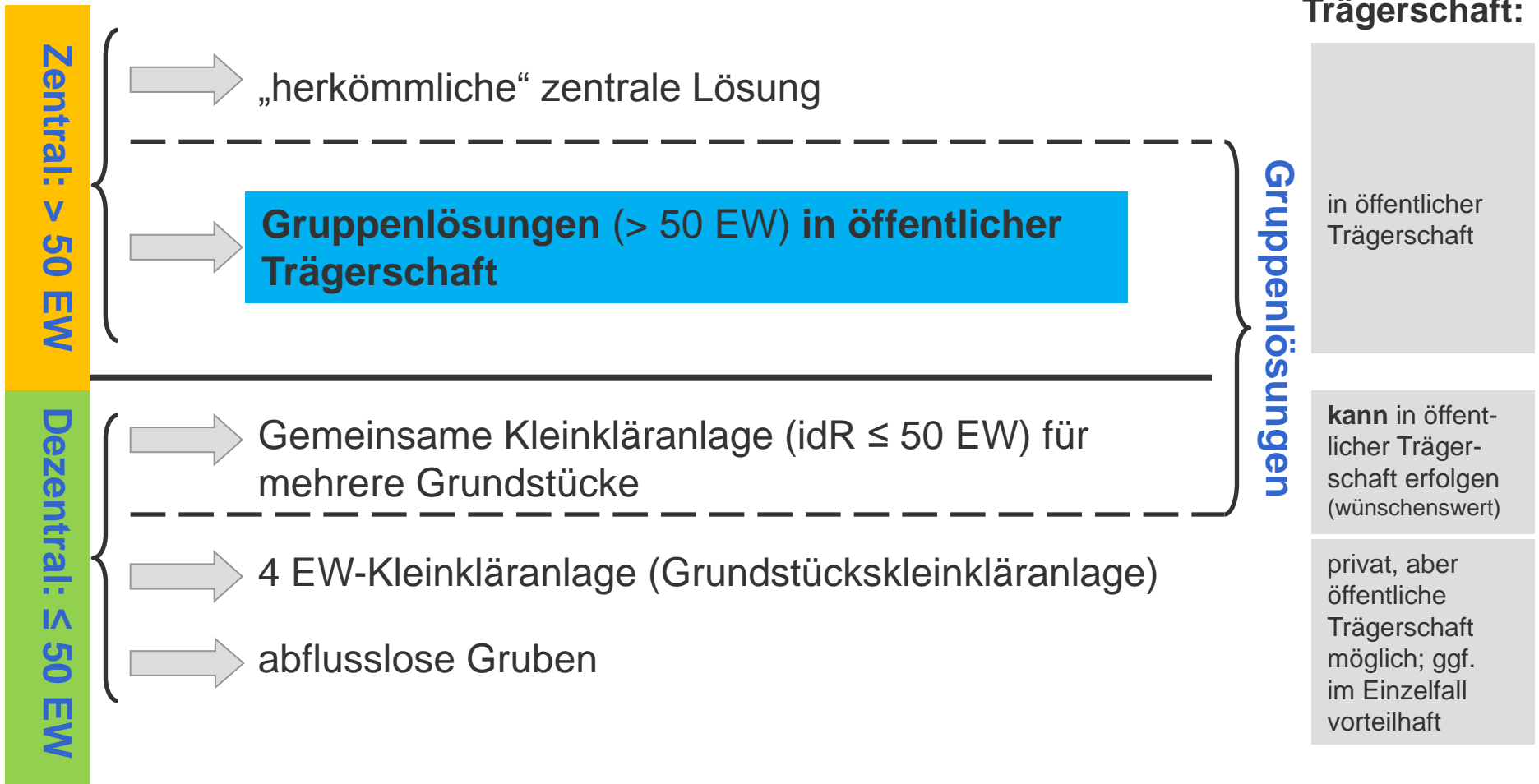


Grundsätze des SMUL gemäß § 9 SächsWG für
die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen
2007 bis 2015 vom 28. September 2007

Was gilt ab 1. Januar 2016 und was passiert?



Begriffe zentral / dezentral / Gruppenlösung sowie Zuordnung der Trägerschaft



§ 100 WHG Aufgaben der Gewässeraufsicht

(1) Aufgabe der Gewässeraufsicht ist es, die Gewässer sowie die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu überwachen, die nach oder auf Grund von Vorschriften dieses Gesetzes (**§ 57 Abs. 5, § 8 Abs. 1 WHG**), nach auf dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen (**AbwV**) oder nach landesrechtlichen Vorschriften (**§ § 7, 10 SächsWG, § 2 Abs. 1 KleinkläranlagenVO sowie § § 50, 51 SächsWG**). Die zuständige Behörde ordnet **nach pflichtgemäßem Ermessen** die Maßnahmen an, **die im Einzelfall notwendig sind**, um Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu vermeiden oder zu beseitigen oder **die Erfüllung von Verpflichtungen nach Satz 1 sicherzustellen**.

(2) ...

⇒ Zur Ausübung dieses durch Gesetz eingeräumten Ermessens durch die zuständige UWB erlässt SMUL **Ermessensleitende Hinweise**, die **von den UWB im Vollzug** und **von der LDS iRd Aufsicht** zu beachten sind

Handlungsbedarf ab jetzt

- **Geeignete Zwischenfristen** setzen, um Endtermin 31.12.2015 einhalten zu können
- **Fristenkontrolle**, Berichtspflicht, ggf. gegensteuern

unverzüglich:

UWB/AT: abgestimmte Entscheidung über weiteres Vorgehen

- Identifizierung der Teile des Entsorgungsgebietes, in denen vertiefte Prüfung/Konkretisierung stattfinden muss
- Vertiefte Überprüfung auf Basis des bestehenden ABK
→ **tatsächlich wirtschaftlichste Lösung**
- Bei gravierenden Mängeln: Beanstandung durch UWB

bis spätestens Ende März 2014:

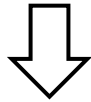
verbindliche Entscheidung über Entsorgungslösung

- ➔ UWB/AT: Entsorgungslösung ist unverzüglich zu kommunizieren und gemeinsam umzusetzen

wenn öffentliche Entsorgungslösung

bis spätestens 30. Juni 2014

AT: Vorlage Umsetzungskonzeption bei UWB



bis spätestens 30. September 2014

AT/UWB: unwiderruflicher öffentlich-rechtlicher Vertrag

- angemessene Umsetzungsfrist für öffentliche Entsorgungslösung (i. d. R. max. zwei bis drei Jahre, höchstens fünf Jahre)
- während Übergangszeit
 - vorrangig: abflusslose Grube
 - wenn unverhältnismäßig bzgl. Kostenlast – Vergleich mit den Kosten der übrigen Entsorgungspflichtigen, der konkreten Umstände und der persönlichen Verhältnisse: Duldung KKA **im Einzelfall**

Überwachung UWB: Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vertrag

wenn private (nicht-öffentliche) Entsorgungslösung

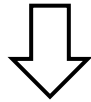
unverzüglich

UWB/AT: Information der betroffenen Bürger

- Rechtslage, Pflichten
- Rechtsfolgen
- Hinweis: **Nachweis Vertragsschluss bis spätestens 31.12.2014**

bis 31. März 2015

AT→UWB: aktueller Stand Kleineinleitungen (noch nicht SdT)

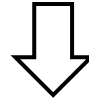


Anschließend (III. Quartal 2015)

UWB: Information der KKA-Betreiber, die noch nicht Stand der Technik erfüllen

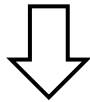
spätestens Ende I. Quartal 2016 Nachweis der Nachrüstung bzw. des rechtzeitigen Vertragsschlusses (31.12.2014), wenn (-) → Fristablauf ist zu vertreten





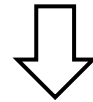
Nach Fristablauf 31.12.2015

UWB: Entscheidung nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG



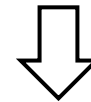
OB

- extreme Fälle: insbes. Frist Sanierungsanordnung lange abgelaufen, bes. Schutzbedürfnis Einleitgewässer, Alter/Zustand der KKA
- Fristversäumnis zu vertreten (keine Beauftragung bis 31.12.2014)
- Einschreiten unter Beachtung → „**Härtefallregelungen**“



WANN

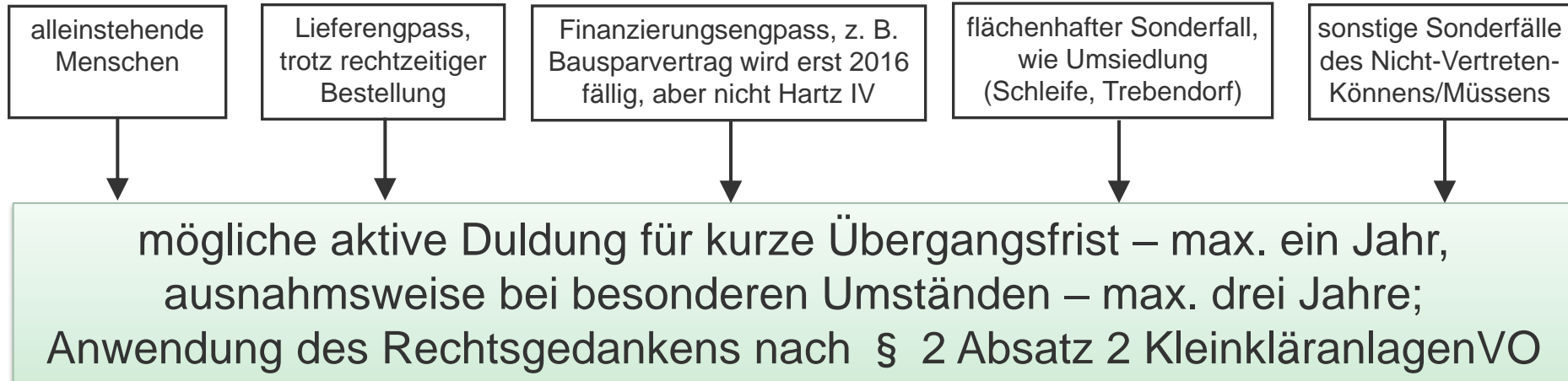
- grundsätzlich hohe Priorität (sofort)
 - extreme Fälle
- mittlere Priorität
 - Fälle vorübergehender Duldung



WIE

- extreme Fälle: sofortige Stilllegung → abflusslose Grube
- Fristsetzung/Zwangsmittel ggf. Ordnungswidrigkeit

Mögliche Härtefälle



aber: ⇒ gilt nicht, wenn

- Verschulden vorliegt (bei kontinuierlicher Nachrüstung nach derzeitigem Kenntnisstand keine Lieferengpässe zu erwarten)
 - Zwischenfinanzierung möglich und zumutbar
 - Verplomben der Anlage verhältnismäßig, da keine oder nur unwesentlich höhere Kosten, wie im Falle der zentralen Erschließung oder bei Betrieb einer KKA nach dem Stand der Technik entstehen + konkrete Umstände
- ⇒ **Keine Besserstellung ggü Betreiber vollbiologischer KKA bzw. zentral erschlossenen Einwohnern**



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**